

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

AD 0068/2020 (BJD)

Dringlicher Auftrag fraktionsübergreifend: Verursachergerechte Kostentragung beim A1-Ausbau (05.05.2020)

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich beim Astra dafür einzusetzen, dass die Kosten für die Massnahmen (Tunnel- bzw. Einhausungslösung etc.) des «Runden Tisches» vom Bund möglichst vollumfänglich übernommen werden.

Begründung 05.05.2020: schriftlich.

Der Ausbau der A1 im Gäu ist ein massiver Eingriff in Natur und Landschaft. Die Bevölkerung wird dadurch massiv mehr belastet durch Lärm, Abgase und weitere Emissionen. Das Landschaftsbild wird beeinträchtigt, die Natur, insbesondere die Fauna, erleidet massive Nachteile, und der Landwirtschaft geht wertvolles Kulturland verloren. Dies in einem Gebiet, in welchem die bauliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte bereits erhebliche negative Auswirkungen gehabt hat.

Um die durch den A1-Ausbau entstehende Mehrbelastung des Gäus einigermaßen zu mindern, sind minimale Massnahmen zum Lärmschutz und zum Schutz der Landschaft sowie zur Verbesserung der Natur- und Umweltsituation notwendig.

Im Rahmen eines von alt Nationalrat Philipp Hadorn ins Leben gerufenen «Runden Tisches» wurden die Anliegen der verschiedenen Interessengruppen unter Berücksichtigung der Prämissen von Bund und Kanton ausdiskutiert und eine minimale Lösung erarbeitet. Diese soll zur Verbesserung des Lärmschutzes und der Landschaftsverträglichkeit beitragen. Mit einem breiteren Wildtierkorridor sollen die negativen Auswirkungen für die Fauna gemindert werden und der Kulturlandverbrauch soll etwas reduziert werden.

Bei der vom «Runden Tisch» erarbeiteten Konsenslösung wird darauf geachtet, dass mit den notwendigen Mitteln ein Maximum an Nutzen generiert werden kann. Die verschiedenen Interessengruppen haben sich zu einem bemerkenswerten Kompromiss zusammengefunden. Offensichtlich besteht beim Bund die Meinung, dass sämtliche Massnahmen, welche darüber hinaus gehen, einfach die Strasse zu verbreitern, Zusatzmassnahmen seien, die zu einem wesentlichen Teil vom Kanton mitfinanziert werden müssen. Diese Sichtweise ist absolut inakzeptabel.

Im heutigen Zeitpunkt ist mit einem möglichst grossen politischen Effort den zuständigen Bundesstellen bewusst zu machen, welche Opfer die Region Gäu bringt. Opfer, um die Verkehrsinfrastruktur von nationaler und internationaler Bedeutung an die Erfordernisse der heutigen Mobilität anzupassen. Es kann nicht sein, dass der Kanton Solothurn einfach den Preis dafür zahlen muss, dass die Mobilitätsbedürfnisse in den letzten Jahrzehnten ständig gestiegen sind und eine der wichtigsten Verkehrsachsen Europas durchs Gäu verläuft.

Unterschriften: 1. Edgar Kupper, 2. Markus Ammann, 3. Johanna Bartholdi, Karin Büttler-Spielmann, Daniel Cartier, Enzo Cessotto, Alois Christ, Markus Dietschi, Anna Engeler, Josef Fluri, Martin Flury, Myriam Frey Schär, Patrick Friker, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Nicole Hirt, Peter Hodel, Urs Huber, Sandra Kolly, Peter Kyburz, Barbara Leibundgut, Dieter Leu, Georg Lindemann, Thomas Lüthi, Josef Maushart, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Stefan Oser, Matthias Racine, Franziska Rohner, Martin Rufer, Christine Rütli, Luzia Stocker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, André Wyss, Barbara Wyss Flück (41)